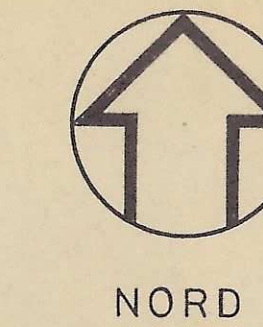


BEBAUUNGSPLAN FRIEDHOFSERWEITERUNG IM STADTTEIL HAGELLOCH

BEBAUUNGSPLANGRUNDLAGE BERUHT AUF EINER VERGRÖßERUNG
MASSTAB 1:500 AUS DEM MASSTAB 1:2500 IN DEN MASSTAB 1:500

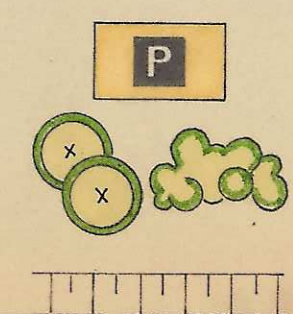


ÜBERSICHTSPLAN
STADTTEIL HAGELLOCH
MASSTAB=1:2500

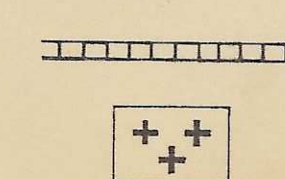


ZEICHENERKLÄRUNG:

- GRENZE DES GELTUNGSBEREICHES
- BAUGRENZE
- STRASSENFLÄCHEN
- GEHWEGLÄCHEN
- ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE
- LANDWIRTSCHAFTL. GRÜNFLÄCHE

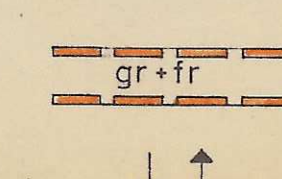


- ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHEN
- PFLANZGEBOT FÜR BAUM-UND BUSCHGRUPPEN
- BÖSCHUNGEN

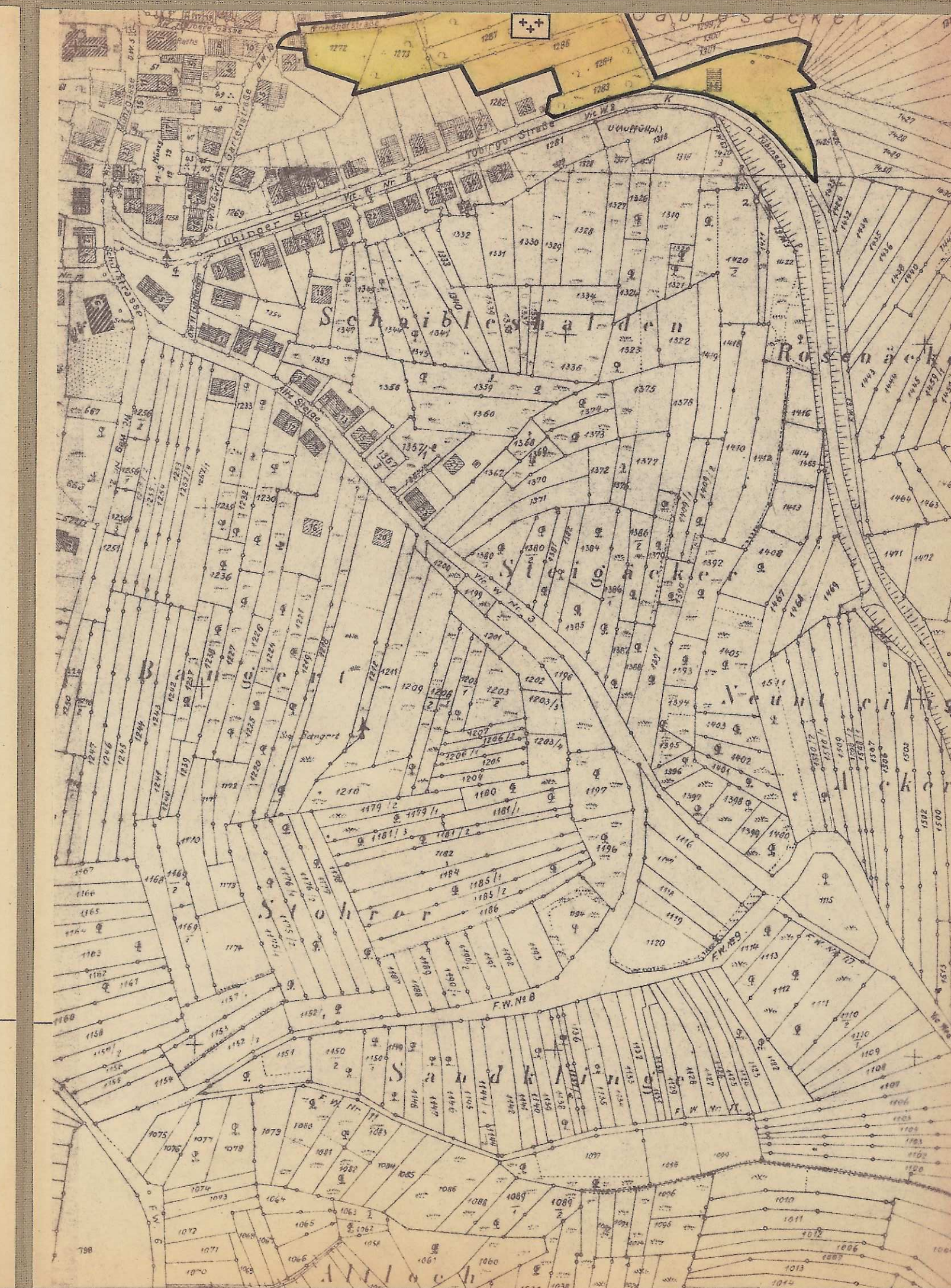
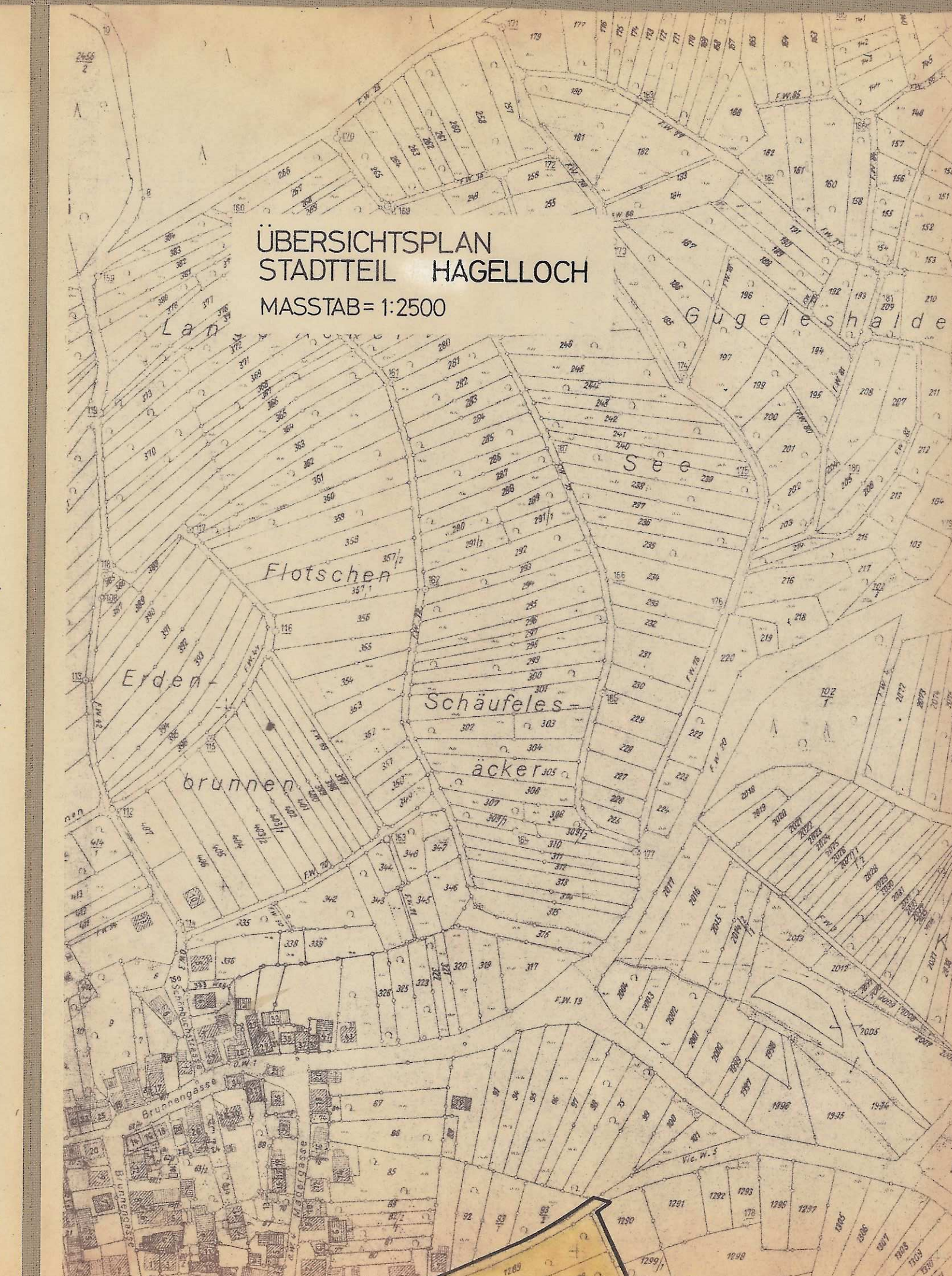


- STÜTZMAUER
- FRIEDHOF UND FRIEDHOFSERWEITERUNG

Achtung:
Alle Höhenangaben sind Tübinger Höhen



- GEH-UND FAHRRECHT
- EIN- BEZW. AUSFAHRT ZUR LEICHENHALLE UND ZU DEN ÖFFENTL. PARKFLÄCHEN



Planungrechtliche Vorschriften

1. Das Planungsgebiet ist als öffentliche Grünfläche im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 8 BBAUG festgelegt.
Die Grünfläche wird als "bestehender Friedhof", bzw als "Friedhofserweiterung" ausgewiesen. Die Parkierungsflächen im Südosten des Geltungsbereiches sind einschließlich der umgebenden Bösungsflächen Teil der Friedhofsanlage.
2. Innerhalb der öffentlichen Grünfläche ist auf der durch Baustreifen näher festgesetzten Fläche eine Leichenhalle mit einer max. Gebäudehöhe von 10 m zulässig. Sonstige zweckgebundene bauliche Anlagen können im Einzelfall zugelassen werden.
3. Zur räumlich und optisch erforderlichen Abschrückung des Friedhofs gegen die Wohnbebauung, die Straße und den Parkplatz wird für bestimmte Bereiche ein Pflanzgebot im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 15 festgelegt.
4. Um die Zufahrt zur östlich an die Erweiterung angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen zu gewährleisten, wird eine öffentliches Geh- und Fahrrecht im Sinne von § 9 Abs. 1 Ziff. 11 BBAUG festgesetzt. Die Inanspruchnahme der Flächen ist durch eine Grunddienstbarkeit zwischen Gemeinde und Eigentümer zu regeln.

VERFAHRENSVERMERKE

AUFSTELLUNG:

DIESER BEBAUUNGSPLAN WURDE NACH ANHÖRUNG DES ORTSCHAFTSRATES DES STADTTEILS HAGELLOCH AM 13. FEBR. 1973 GEMASS § 2 (1) BBAUG VOM GEM. RAT. DER UNIV. STADT TUBINGEN AM 26. FEBR. 1973 ALS ENTWURF AUFGESTELLT.

ÖFFENTLICHE AUFLAGE:

DIESER BEBAUUNGSPLAN MIT BEGRÜNDUNG HAT VOM 12. MÄRZ 1973 BIS 13. APRIL 1973 IN TUBINGEN UND IM STADTTEIL HAGELLOCH ÖFFENTLICH AUFGELEGEN.

SATZUNGSBESCHLUSS:

DIESER BEBAUUNGSPLAN WURDE GEMASS § 10 BBAUG VOM GEM. RAT. DER UNIV. STADT TUBINGEN UNTER MITWIRUNG DES ORTSCHAFTSRATES DES STADTTEILS

HAGELLOCH AM 9. JULI 1973 ALS SATZUNG BESCHLOSSEN.

GENEHMIGUNG:
DIESER BEBAUUNGSPLAN WURDE DURCH ERLASS DES REG. PRASIDIUMS TUBINGEN GEMASS § 11 BBAUG AM 22. MAI 1974 MIT ERL. NR. 1121/73 GENEHMIGT.

INKRAFTTRETEN:
DIE ÖFFENTLICHE AUFLAGE DES GENEHMIGTEN BEBAUUNGSPLANES MIT BEGRÜNDUNG IST AM 6. JUNI 1974 GEMASS § 12 BBAUG ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT WORDEN. MIT DIESER BEKANNTMACHTUNG WIRD DER BEBAUUNGSPLAN RECHTSVERBINDLICH.

ROT GEÄNDERT
TUBINGEN, DEN 21. MAI 1973

Stadtoberbaudirektor

TÜBINGEN, DEN 30.11.1972

BÜRGERMEISTERAMT

BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT

Stadtoberbaudirektor

STADTMESSUNGSAMT

Stadtmessungsleiter

TIEFBAUAMT

Stadtbauingenieur

Nr. 4524